Die demokratische Revolution in der DDR und die Rolle der Betriebsbelegschaften

von Bernd Gehrke und Renate Hürtgen

sender

BGL als Leitungskollektiv zurückgetreten

Ergebnisse der Vertrauensleutevollversammlung

FDGB

Betriebszeitung WF-Sender, 1. Dezemberausgabe Nr.48/89

Wer die Jahrzehnte währende politische Stabilität der DDR-Gesellschaft ebenso vor Augen hat wie die Bilder der prägenden Gestalten der kirchlichen Friedensbewegung in den 1980er Jahren, wer schließlich an die Menschen auf den Tribünen, Podien oder an den Runden Tischen in der Zeit des Umbruchs von 1989 und 1990 denkt, die stark von Künstler/innen und Pfarrer/innen geprägt wurden, fragt vielleicht, weshalb es lohnt, sich überhaupt mit den Betrieben und ihren Belegschaften in der DDR zu beschäftigen. Im Gegensatz etwa zu Polen, standen diese weder Jahrzehnte vor noch in der Zeit des demokratischen Aufbruchs 1989 selbst im Zentrum der offenen Konflikte. Wer allerdings auf die für alle zeitgenössischen Beobachter/innen überraschende Geschwindigkeit der Abläufe sowie das *Ausmaß* der Demokratiebewegung im Herbst 1989 blickt, wird sich damit beschäftigen müssen, wer die vielen Menschen waren und was sie bewegte, als sie im Herbst 1989 die Kirchen, die Straßen und die Plätze füllten, die aus den Aufrufen zur Demonstration seitens der bis dato kleinen Opposition erst wirkliche und wahrhaftige *Massen*demonstrationen machten. Wer so fragt, fragt nach "der Straße", nicht nach den Tribünen, fragt nach jener "Straße", die den Sturz des alten, des SED-Regimes erzwang. Erst wer so fragt, fragt auch nach den tatsächlich bewegenden Kräften und nach der Dynamik des revolutionär-

demokratischen Aufbruchs, der schließlich das Gros der Gesellschaft erfasste. Es ist damit auch die Frage nach den gesellschaftlichen Potenzialen einer demokratischen Revolution gestellt, die eine Einparteiendiktatur mit ihrem polizeistaatlich gestützten und geschützten Herrschaftsapparat stürzte und demokratische Freiheiten buchstäblich auf der Straße erkämpfte. Eben diese "Straße" war es, die gegen jedes Zögern, Zaudern und sich Wenden der Obrigkeit oder von Teilen der Opposition immer wieder die Entwicklung vorwärts trieb und eine diktatorische Obrigkeit absetzte. Sie setzte eine Obrigkeit ab, die zwar, ohne zu schießen, abtrat, aber nicht freiwillig, sondern weil sie von „der Straße“ dazu gezwungen wurde, die alle ihre Manöver durchkreuzte, mit denen sie an der Macht zu bleiben hoffte. Weil es die „Straße“ war, die eine Einparteiendiktatur und ihren Polizeistaat überwandt und demokratische Rechte erkämpfte, sprechen wir auch von einer Revolution, einer demokratischen Revolution.

Nachdem wir die „Straße“ als Ort des Massenprotestes im Herbst 1989 ausgemacht haben, ist es nur folgerichtig, sich den Betriebsbelegschaften zu zu wenden, denn der Betrieb war der entscheidende ökonomisch-soziale Lebensbereich jener Menschen, deren massenhaftes Auftreten den Auf- und Umbruch 1989 herbeiführte. Aber mehr als das: Wie wir noch sehen werden, ist der Betrieb nicht nur für die Erklärung eines Erfahrungshintergrundes der Massenakteure auf den Straßen wichtig, er hat auch *selbst als sozialer Raum des politischen Kampfes* in den entscheidenden Tagen und Stunden des Sturzes des alten Regimes eine wichtige Rolle gespielt. Der Betrieb als relevanter Ort des Sturzes der SED-Diktatur wird vom Gros der DDR-Forschung bis heute weitgehend ignoriert, obgleich stets und ständig die besondere Rolle der Arbeit oder der Arbeitskollektive in der DDR betont wird.[1]

[1] Trotz vieler Arbeiten über den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund, über ostdeutsche Betriebe und Interessenvertretungen nach 1990 mit Bezügen zur Zeit des Umbruchs oder einer Reihe von Einzeldarstellungen zu Betrieben in der DDR 1989 und 1990, fehlt bis heute eine Gesamtdarstellung zur Problematik der demokratischen Aktivitäten in den Betrieben in dieser Zeit. Erst recht eine Darstellung aus der Perspektive „von

Allein dies rechtfertigte seine eigenständige Darstellung. Vor allem jedoch gerät so in Vergessenheit, dass es bei den politischen Auseinandersetzungen in den Betrieben um mehr ging als nur um die berühmte Banane. Womit wir nicht gesagt haben wollen, dass die Banane kein lohnendes Ziel des Streitens war und ist, wie jede und jeder spüren wird, die oder der sie entbehren muss. Oder wer möchte heute gezwungener Maßen auf sie verzichten, weil die Merkel-Regierung dies so entschieden hat, etwa, weil Rettungspakete für Banken geschnürt werden müssen? Auch für die DDR galt, dass sie einen erheblichen Teil ihres Nationaleinkommens auf dem Weltmarkt erwirtschaftete, vor allem in den 1980er Jahren mit immer mehr Konsumgütern, die der DDR-Bevölkerung vorenthalten wurden. Angesichts dieser Realität konnten nur Ignorant/innen überrascht davon sein, dass die unmittelbaren Produzentinnen und Produzenten auch den Gebrauch von Konsumgütern des Weltmarktes als ihr selbstverständliches Recht ansahen, da sie doch selbst für den Weltmarkt produzierten.

Wir werden im Folgenden zu beschreiben versuchen, was in den Betrieben der DDR im Herbst 1989 tatsächlich geschah, welchen Anteil die Beschäftigten an der demokratischen Revolution hatten, mit welchen Forderungen sie die Ereignisse vorantrieben und welche Formen des Widerstandes und der eigenen Organisation sie dabei wählten. In einem ersten Teil müssen wir jedoch auf die Situation von Arbeiterinnen und Arbeitern sowie Angestellten in den 40 Jahren der SED-Diktatur eingehen, ohne deren Kenntnis bleibt das Verhalten der Belegschaften 1989 und danach völlig unverständlich.

---

unten“. Gerade auch die „Oppositionsforschung“ ignoriert dieses Thema weitgehend. So ist unser 2001 veröffentlichtes Buch, welches wir als Anstoß für weitere Forschungen verstanden hatten, bis heute singulär geblieben. Darin hatten wir eine Vielzahl von Originaldokumenten, Analysen und Selbstschilderungen damaliger Akteure veröffentlicht, auf die wir uns im Folgenden stützen werden. Vgl. Bernd Gehrke/Renate Hürtgen (Hrsg.), Der betriebliche Aufbruch im Herbst 1989: Die unbekannte Seite der DDR-Revolution. Diskussion – Dokumente – Analysen, Bildungswerk Berlin der Heinrich Böll Stiftung 2001.

Einstmals war das Gebiet der DDR mit dem mitteldeutschen Industriegebiet um Leipzig, Halle, Bitterfeld ein Zentrum der deutschen Arbeiterbewegung, hier war sie im 19. Jahrhundert entstanden. Doch was war aus der vormals so stolzen und starken Arbeiter/innenschaft in den Jahren der SED-Diktatur geworden? Und weshalb erscheint die Frage danach heutzutage geradezu als bizarr? Um solche Fragen beantworten zu können, gehört es, zu klären, wie Arbeiterinnen und Arbeiter ihre Interessen in einer Gesellschaft wahrnahmen, in der sie immer noch *abhängig Beschäftigte* geblieben waren, es für sie aber über Jahrzehnte hinweg weder die Möglichkeit gab, sich außerhalb der partei- und staatsoffiziellen, also immer von oben, d.h. von den Chefs kontrollierten Strukturen zu versammeln, noch erst recht autonome (Arbeiter/innen-)Organisationen zu bilden? Wie versuchten Arbeiterinnen, Arbeiter und angestellte Männer und Frauen unter solchen Voraussetzungen ihre Interessen durchzusetzen, welche Formen gab es dafür und wie drückten Beschäftigte in den DDR-Betrieben etwa ihre Unzufriedenheit aus? Nicht zuletzt ist auch zu fragen, was hat sie unzufrieden gemacht? War es tatsächlich nur das bessere Konsumleben, das sie in großer Zahl aus der DDR getrieben hatte oder gab es auch andere Gründe? Zudem lässt sich ohne eine kurze „Lagebeschreibung“ der Situation in den Betrieben der DDR am Vorabend des demokratischen Aufbruchs von 1989 dessen Dynamik nicht begreifen.

Lage und Interessenvertretung der Arbeiterinnen und Arbeiter in der DDR

In der DDR arbeiteten neun Millionen von 16 Millionen Menschen des Landes als „Arbeiter und Angestellte“ in den Betrieben und Einrichtungen, über 95 Prozent als „abhängig Beschäftigte“ in den sogenannten Volkseigenen Betrieben (VEB). Nur wenige fielen mit ihrem Status aus dieser Gruppe heraus: Es gab kein Bürgertum, es gab nur wenige Selbständige, selbst unter Künstlerinnen und Künstlern nahm deren Zahl erst in den 1980er Jahren relevant zu. So gut wie alle erwachsenen Menschen

in der DDR beschäftigten deshalb die Probleme einer schwierigen Organisation des Familienlebens angesichts langer Arbeitszeiten und häufig problematischer oder gar miserabler Reproduktionsbedingungen. Abhängige Arbeit und die mit ihr verknüpften Probleme verbanden den größten Teil der DDR-Bürger/innen und schufen einen gemeinsamen Erfahrungsbereich. Dies mag vielleicht ein Grund sein, weshalb sich viele Beschäftigte in der DDR heute analog zu bestimmten westlichen Entwicklungen wie eine große „Siemensfamilie“ gern und häufig an ihre gemeinsamen Jahre erinnern, zumal sie mehrheitlich die gegenwärtige soziale Unsicherheit nicht kannten. Die Erinnerung an einen gleichen sozialen Standard ist vor allem dann besonders positiv ausgeprägt, wenn seit den 1970er Jahren eine Grundversorgung mit Wohnungen und Konsumgütern dazu gehörte, ein Standard, der für fordistische Wohnstädte in Europa typisch war. Zur Kehrseite solcherart gesellschaftlicher Dominanz der Arbeits- und Lebensweise von abhängig Beschäftigten gehörte aber auch die Mangelversorgung mit Konsumgütern, die sich darin ausdrückte, dass nach einem neuneinhalbstündigen Arbeitstag am Feierabend die Suche nicht nur nach besonderen, sondern nach „normalen“ Konsumgütern begann. Im Sommer fehlten Getränke, im Winter die Schneeschieber. Mit der Wirtschaftskrise Ende der 1980er Jahre kamen der rasante Verfall der Altbauten, der öffentlichen Infrastruktur sowie vieler Betriebe, namentlich ihrer veralteten Maschinerie hinzu. Zur Kehrseite der relativ einheitlichen Arbeits- und Lebensweise in den spezifischen Konstellationen der DDR gehörte aber auch, dass an diese Verhältnisse Unangepasste nicht nur aus dem Normen- und Wertekanon der etablierten Gesellschaft, sondern zumeist auch aus dem Zugriff auf lebensnotwendige Ressourcen ausgeschlossen blieben – oder durch Repression ausgegrenzt oder weggesperrt wurden.

Ein weiteres Merkmal der durch abhängige Arbeit geprägten DDR-Gesellschaft bestand darin, dass sie eine gut ausgebildete, hochqualifizierte Arbeiter/innenklasse hervorgebracht hatte. Ende der 1980er Jahre arbeiteten in den Betrieben der DDR

fast keine Un- und Angelernten mehr; es gab eine große Anzahl von technischen und anderen Fach- und Hochschulabsolvent/innen, die infolge intensiver Qualifizierungskampagnen in den 1960er und 1970er Jahren in die Betriebe gekommen waren. Die DDR verfügte über relativ mehr Ingenieure als Westdeutschland, darunter viele Frauen. Das Dilemma, in dem sich diese Beschäftigten befanden, und das keinen unerheblichen Anteil an ihrer revolutionären Energie im Herbst 1989 haben sollte, drückte sich darin aus, dass diese Hochqualifizierten in einer zunehmend veralteten und immer schlechter funktionierenden Wirtschaft arbeiten mussten. Vielfach prägten Tätigkeiten unterhalb ihrer Qualifikation den betrieblichen Alltag vieler Beschäftigter.[2] Hoch- wie weniger Hochqualifizierte verband am Ende der 1980er Jahre der verzweifelte Ausruf: „So kann es nicht weitergehen!“ Es gab keinen kontinuierlichen Materialfluss, keine Produktionssicherheit, immer weniger „ordentlich funktionierende“ Maschinen, und eine Unmenge Überstunden, die in den Stoßzeiten geleistet werden mussten, um die häufigen Stillstandszeiten wieder aufzuholen. Es gab ein ungerechtes und nicht leistungsorientiertes Lohnsystem, welches Nach- und Vorteile von Zufällen wie der Region, in der man lebte oder der Branchenzugehörigkeit und nicht vom individuellen Verhalten abhängig machte. Wenn dann mit dem so verdienten Geld obendrein nicht jene Güter gekauft werden konnten, die die „Werktätigen“ erwerben wollten, war der Frust groß. Die Unmöglichkeit, „ordentliche“ und „leistungsentlohnte“ Arbeit verrichten zu können, wurde deshalb im Herbst 1989 zu einer der wichtigsten Triebkräfte bei der betrieblichen „Wende“.

Hartnäckig breitete sich die Stimmung aus, dass eine zum Teil auch fachlich unfähige betriebliche Leitungsequipe diese Mängel noch verstärken würde. Und tatsächlich waren ja die Betriebsleitungen jenes „Rad im Getriebe“ von zentralen

[2] Vgl. zur Situation der qualifizierten Angestellten im VEB: Renate Hürtgen, Angestellt im VEB. Loyalitäten, Machtressourcen und soziale Lagen der Industrieangestellten in der DDR, Münster 2009, S. 96-148.

ökonomischen Weisungen und Planungsvorgaben der Partei, welche sie innerbetrieblich gegenüber den abhängig Beschäftigten umsetzten. Die Planungsvorgaben beruhten ihrerseits auf jenen „geschönten“ Produktionszahlen, welche von den Betriebsleitungen selbst „nach oben“ gemeldet worden waren. Am jährlich von Partei und Staat gut vorbereiteten Prozedere einer verlogenen – weil von den realen Produktionsbedingungen unberührten und nur auf die Überbietung der Vorgaben von oben orientierten – Plandiskussion nahmen deshalb schon lange keine interessierten Arbeiter/innen mehr teil, es hatte sich bereits in den Anfangsjahren der DDR gezeigt, dass auf diese Weise keine Möglichkeit der Gestaltung der Produktionsziele und -bedingungen durch sie möglich war. Verbesserungsvorschläge wurden nur aufgenommen, wenn sie auch höhere Arbeitsleistungen versprachen. Das zentralistische Herrschaftssystem von Partei und Staat schloss trotz gegenteiliger Beteuerungen auch im Betrieb Arbeiter/innen und kleine Angestellte von jeglicher Machtausübung aus. Schon um ein paar Hintergrundinformationen über den Betrieb zu bekommen musste man in der Partei sein, dementsprechend waren vor allem Menschen in der Partei, die nach oben wollten oder schon oben waren. Soziale Verbesserungen oder auch Lohnerhöhungen erfolgten in der Gestalt sozialer „Geschenke“, die meist von den realen Eigentümern der verstaatlichten Produktionsmittel verkündet wurden: den Repräsentanten der Partei-Nomenklatura. Seit der Abschaffung der Betriebsräte und der Gleichschaltung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) am Ende der 1940er Jahre, blieben die nominell existierenden Mitbestimmungsstrukturen inhaltslos. Der FDGB war wie alle offiziellen Organisationen nur ein „Transformationsriemen“ der SED. Weit und breit existierten keine Organisationsstrukturen, die im Konfliktfall für die Interessen der Beschäftigten hätten genutzt werden können.

Es drängt sich die Frage auf, weshalb sich die Arbeiterinnen und Arbeiter sowie die kleinen Angestellten nicht wirkungsvoll und kollektiv gegen diese Zumutungen wehrten? Warum streikten sie nicht oder brachten andere ihnen zumindest in den Anfangsjahren der DDR ja durchaus noch bekannte traditionelle Formen der Arbeiterbewegung in Anschlag? In aller Kürze lässt sich diese Frage kaum umfassend beantworten, wir können nur einige Schlaglichter werfen. Einen entscheidenden Einfluss auf das Verhalten der Arbeiter/innen in der DDR hatten die politische Unterdrückung aller ihrer autonomen Interessenorganisationen bis zum Beginn der 1950er Jahre sowie die Erfahrungen der militärischen Niederschlagung des Arbeiteraufstandes am 17. Juni 1953. Dieses Datum markiert im gewissen Sinne das Ende der Arbeiterbewegung in der DDR. Von nun an war das kollektive Gedächtnis von der Erfahrung geprägt, dass, wenn Arbeiter/innen streiken, „die russischen Panzer“ kommen. Die im Ergebnis des Arbeiter/innenaufstandes eingerichteten bewaffneten „Betriebskampfgruppen“ der SED, die im Ernstfall gegen die Arbeiter/innen eingesetzt werden sollten, ließen die Aussichtslosigkeit eines militanten Arbeiter/innenwiderstandes in der DDR nach 1953 für die Mehrheit deutlich werden. Inhaftierungen, Disziplinierungen und jahrzehntelange Verfolgungen von Beteiligten an den Protesten der Arbeiterinnen und Arbeiter von 1953 gehörten ebenfalls zum Erfahrungsschatz von DDR-Belegschaften. Der Streik – obgleich anfänglich noch in der Verfassung verankert – galt von Stund an definitiv als illegale und damit polizeistaatlich sanktionierte Aktion. Die blutige Niederschlagung von Demokratiebewegungen in anderen Ländern des Ostblocks durch sowjetische Panzer wie in Ungarn 1956, in der Tschechoslowakei 1968 und die Ausrufung des Kriegsrechtes 1981 in Polen bestätigten die eigenen Erfahrungen der Arbeiter/innen mit dem DDR-Regime.

Umso hervorhebenswerter ist es, dass zunächst dennoch auch weiterhin gestreikt wurde. Es ist lohnenswert, diese tatsächlich stattfindenden Streiks in der DDR näher

zu betrachten. Von der Staatssicherheit wurden sie akribisch aufgelistet und ausgewertet, was heute in deren Akten nachzulesen ist. Noch im Jahr 1960 gab es 108 Streiks, die zumeist von ganzen Brigaden oder Schichten durchgeführt wurden. Bis Mitte der 1970er Jahre registrierte das MfS noch jährlich 20 bis 30 „Arbeitsniederlegungen“, in den 1980er Jahren waren es allerdings nur noch zwei oder drei jährlich. Angesichts der Tatsache, dass zu diesem Zeitpunkt jetzt meist auch nur noch zwei oder drei Personen an der „Arbeitsniederlegung“ beteiligt waren, kann kaum noch von einem Streik gesprochen werden.[3] In den Forderungen der Streikenden spiegelten sich die entscheidenden Probleme des Arbeitslebens in der DDR wieder, Forderungen nach Lohnerhöhungen als Ausdruck gestiegenen Wertes der Arbeitskraft, wurden so gut wie nie erhoben. Die Streiks richteten sich ausschließlich defensiv gegen die Verschlechterung von bereits vorhandenen Standards. Für das Bewusstsein der DDR-Arbeiter/innen waren diese marginalen Formen kollektiven betrieblichen Widerstands am Schluss nicht mehr relevant, denn es gab weder eine betriebliche noch eine außerbetriebliche Öffentlichkeit, die von solchen Aktionen etwas erfuhr. Bis auf wenige ältere Beschäftigte hatten deshalb im Jahr 1989 die Arbeiter/innen und Angestellten nie von einem Streik in der DDR gehört, geschweige denn, selbst einen solchen erlebt.

Der für unser Thema folgenreichste Prozess war eine zunehmend enger werdende Überwachungsstruktur im betrieblichen Raum. Das MfS verlagerte in den 1960er Jahren seinen Schwerpunkt von der territorialen auf die betriebliche Überwachung und mit der Grenzschließung am 13. August 1961 gab es kein Schlupfloch mehr, um sich bei widerständigem Verhalten der Verfolgung zu entziehen.[4] So ist es nicht

---

3 Vgl. Renate Hürtgen, Zwischen Disziplinierung und Partizipation. Vertrauensleute des FDGB im DDR-Betrieb, Köln–Weimar–Wien 2005, S. 255-271.

4 Vgl. zur Staatssicherheit im Betrieb: Renate Hürtgen, „Stasi in der Produktion“. Umfang, Ausmaß und Wirkung geheimpolizeilicher Kontrolle im DDR-Betrieb, in: Jens Gieseke (Hg.), Staatssicherheit und Gesellschaft. Studien zum Herrschaftsalltag in der DDR, Göttingen 2007, S. 295-317.

verwunderlich, dass die offene politische Kritik von nun an auch aus dem betrieblichen Raum mehr und mehr verschwand. Der Kampf um die Betriebsöffentlichkeit ist letztmalig 1968 bei den Protesten gegen den Einmarsch der Sowjet- und Ostblocktruppen in die ČSSR geführt worden. Solidaritätsbekundungen für die polnische Gewerkschaft Solidarność erfolgten 1980 und 1981 bereits ausschließlich anonym.[5] An solchen politischen Protestaktionen waren – anders als häufig angenommen – durchaus und in relevantem Maß Arbeiter/innen beteiligt. Was jedoch aus dem Leben der Arbeiter/innen in der DDR weitgehend verschwand, waren die Erfahrungen *kollektiven* Widerstandes. Über den FDGB, der als Transmissionsriemen der SED-Politik fungierte, konnten sie nicht vermittelt werden. Dieser war 1946 gegründet und alsbald zum Vollstrecker des Parteiauftrages einer ständigen Produktionssteigerung zurechtgestutzt worden. Namentlich seit den 1960er und 1970er Jahren hatte er seine Funktion als Verteiler von Dienstleistungen im Tausch gegen Wohlverhalten gefunden. Es gibt nicht ein einziges Beispiel in den 40 Jahren der DDR, das den FDGB als Organisator einer kollektiven Aktion zur Interessendurchsetzung seiner Mitglieder gegen die Zumutungen der Betriebsleitungen sieht. Da die Probleme im Leben der Arbeiter/innen jedoch nicht kleiner, sondern gegen Ende der DDR sogar wieder größer wurden, setzte sich die individuelle Form der Interessenwahrnehmung durch, um eine Ungerechtigkeit zu beseitigen oder ein berechtigtes Interesse zu realisieren: Die bekannteste und massenhaft betriebene Form war die Bittstellung an die Obrigkeit, die staatlich zugelassene Eingabe. Aber auch hier war es ratsam, die vorgegebenen Spielregeln einzuhalten, um nicht in Misskredit zu geraten und betriebliche wie außerbetriebliche Benachteiligungen z.B. bei der Verteilung von Kindergartenplätzen und Wohnungen oder Reisebeschränkungen für „das sozialistische Ausland“ zu erfahren. Politische

5 Zu den Protestaktionen 1968, siehe Bernd Gehrke, 1968 – Das unscheinbare Schlüsseljahr der DDR, in: Bernd Gehrke/Gerd-Rainer Horn (Hrsg.): 1968 und die Arbeiter. Studien zum „proletarischen Mai“ in Europa, Hamburg 2007, S. 103–128; Zu den Solidaritätsaktionen für die Solidarność vgl. Hürtgen, Vertrauensleute, S. 255-271.

Inhalte oder kollektiv verfasste Eingaben galt es zu vermeiden, wenn Ärger erspart bleiben sollte.

Solche „Spielregelverletzungen“ häuften sich erst wieder seit dem Ende der 1980er Jahre und nun auch in den Betrieben der DDR. Aus den Akten des FDGB und der Staatssicherheit können wir heute erfahren, dass die letzten Gewerkschaftswahlen im Frühjahr 1989 nicht mehr ganz so verliefen wie vom FDGB-Bundesvorstand geplant. Bekannt ist inzwischen auch, dass die Jahrzehnte lang nach vorgegebenen Mustern durchgeführten „Planberatungen“ im Sommer 1989 durch Gegenstimmen gestört wurden. Ein solches Verhalten kann angesichts des Risikos, in Anwesenheit des Chefs aus der Anonymität heraus zu treten, durchaus als zunehmende Konfliktbereitschaft verstanden werden. Das waren nun schon die Vorboten einer revolutionären Veränderung, die nicht nur auf der Straße, sondern auch in den Kombinaten und VEB der DDR im Herbst 1989 erstritten wurde.

Erste Annäherung an die Massenbewegung im Herbst 1989: Ihr soziales Profil

In der Zeit des demokratischen Aufbruchs im Herbst 1989 prägten Künstler/innen und Pfarrer/innen das Angesicht der Demokratiebewegung. Über sie gibt es inzwischen eine Vielzahl von biografischen Darstellungen. Völlig anders sieht es jedoch bereits mit der Beschreibung des sozialen Charakters der oppositionellen Aktivistinnen und Aktivisten vor der demokratischen Revolution sowie hinsichtlich der im Herbst 1989 neu gebildeten demokratischen Oppositionsgruppen aus. Vereinzelt gebliebene Analysen über deren sozialen Charakter bestätigten jedoch den medialen Eindruck, dass in ihnen die kirchennahe und künstlerische Intelligenz sowie qualifizierte Angestellte und Menschen in zum Beispiel Pflegeberufen dominierten, während Arbeiterinnen und Arbeiter ein absolute Minorität blieben. Im Anschluss und im Kontext dieser Analysen kann davon ausgegangen werden, dass es sich bei der

DDR-Opposition und damit auch bei den wichtigsten Köpfen des demokratischen Aufbruchs nicht nur in sozialer Hinsicht, sondern auch hinsichtlich ihrer politischen Aktions- und Kommunikationskultur um eine Opposition vom Typ der westlichen Neuen Sozialen Bewegungen handelte.[6]

Bereits diese ersten Analysen machen auf ein Problem aufmerksam, welches für den Verlauf der Revolution ein wesentliche Rolle spielen musste und in der Tat auch spielte: Wie passte ein solcher Typus der Opposition zu einer Mehrheitsgesellschaft, die vorrangig industriegesellschaftlich-traditionell geprägt war? Die DDR befand sich 1989 erst am Beginn des Übergangs von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft. Das Gros der abhängig Beschäftigten war nicht nur in traditionell-industriellen Strukturen tätig, die traditionelle Industriearbeiter/innenschaft und die kleinen Industrieangestellten stellten sogar mit etwa drei Vierteln immer noch die übergroße Zahl aller Beschäftigten in der DDR. Dem entsprechend war auch das soziale Selbstverständnis der Beschäftigten geprägt.[7]

Auch, wenn sich nicht unmittelbar von der Sozialstruktur der DDR-Gesellschaft auf den sozialstrukturellen Charakter der Demonstrierenden und Protestierenden schließen lässt, gab es dennoch einen erstaunlich hohen Grad der Übereinstimmung. So kamen die wenigen Untersuchungen von Soziologinnen und Soziologen, die bereits während der Umbruchsereignisse durchgeführt wurden, zu dem Ergebnis, dass sich auf den Leipziger Montagsdemonstrationen die sozialstrukturellen Verhältnisse der DDR wiederholten.[8] Wie wir aus anderen Untersuchungen wissen,

---

6 Einen Überblick über den Stand der Literatur zu diesem Thema siehe in: Leonore Ansorg, Bernd Gehrke, Thomas Klein, Danuta Kneip (Hg.): „Das Land ist still – noch!“. Herrschaftswandel und politische Gegnerschaft in der DDR (1971–1989), Böhlau Verlag Köln-Weimar-Wien, 2009, Einleitung, S. 19-23.

7 Vgl. Rainer Geißler, Die Sozialstruktur Deutschlands, 2.neubearb. und erw. Auflage, Ausgabe der BpB, Bonn 1996, besonders S. 173-179.

8 Vgl. Günter Roski/Peter Förster, Leipziger DEMOskopie, in: Leipziger DEMONTAGEBUCH, zusammengestellt und mit einer Chronik von Wolfgang Schneider, Gustav Kiepenheuer Verlag,

waren die Teilnehmenden der Demonstration durchaus nicht alle aus Leipzig, sondern reisten vielmehr aus dem gesamten umliegenden Industriegebiet zur Demo an; einige kamen sogar von weiter her. Mit anderen Worten: Die Masse der Demonstrierenden in Leipzig waren Arbeiterinnen und Arbeiter sowie kleine Angestellte. Nur ein quantitativ kleiner Teil der Demonstrierenden wurde von der Intelligenzia der DDR gestellt. Kaum verwunderlich war, dass der Anteil der SED-Mitglieder unter den Demonstrierenden mit zehn Prozent erheblich niedriger lag als ihr Anteil unter den Gesamtbeschäftigten in der DDR. Jener Teil der Intelligenzia, der uns auf Seiten der Köpfe der Opposition in Erinnerung ist, darf nicht darüber hinweg täuschen, dass sich während des Umbruchs vorrangig die technische, ein Teil der künstlerischen und theologischen Intelligenzia engagierte, während namentlich die gesellschaftswissenschaftlich gebildeten Teile sich nur mäßig und wenn, sehr spät auf demokratische Aktivitätspfade begaben.

Neben den wenigen soziologischen Untersuchungen zur sozialen Zusammensetzung der Demonstrantinnen und Demonstranten der Leipziger Montagsdemonstrationen gibt es jedoch noch eine Reihe von Indizien, die diesen dort gestellten Befund so untermauern, dass eine generelle Aussage getroffen werden kann. Zunächst springt ins Auge, dass die - seitens der "Volkspolizei" – statistisch erfassten Aktivitäten der öffentlichen Proteste wie Demonstrationen und Kundgebungen sich nahtlos in die industrielle Struktur der DDR einfügten (Vgl. die Grafiken 1 und 2 auf der folgenden Seite).

Sichtbar wird ein deutliches Nord-Süd-Gefälle der Protestaktivitäten, welches sich auch im zeitlichen Verlauf der Demonstrationswelle abzeichnete: Sie sprang vom

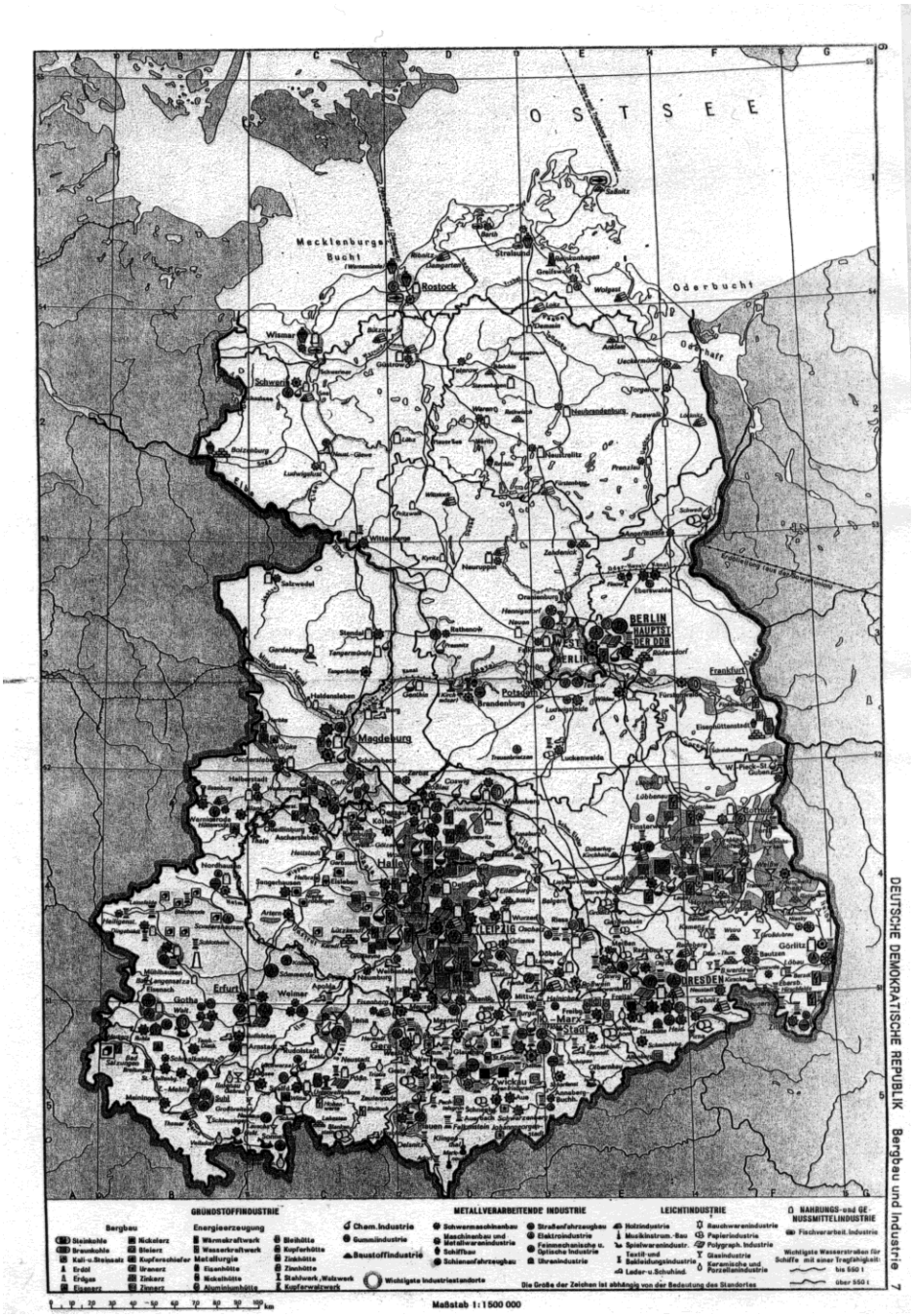
---

Leipzig und Weimar 1990, S. 173; Kurt Mühler/ Steffen Wilsdorf, Die Leipziger Montagsdemonstrationen – Aufstieg und Wandel einer basisdemokratischen Institution des friedlichen Umbruchs im Spiegel empirischer Meinungsforschung, in: Berliner Journal für Soziologie 1/1991, S. 39-45.

Süden auf den viel später aktiven Norden über. Deutlich wird auch, dass die lokalen und regionalen Schwerpunkte der Demonstrationen eben jene waren, die auch in den Kämpfen der alten Arbeiterbewegung sowie beim Aufstand der Arbeiter/innen am 17. Juni 1953 eine wichtige Rolle spielten.

Grafik 1: Gesamtverteilung der Demonstrationen von August 1989 bis April 1990

Tabelle 2: Industriestruktur der DDR



Dieser erste Eindruck wird durch das Gesamtbild der Demonstrationsverteilung noch bekräftigt. (Vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1

Regionalanteile öffentlich wirksamer Aktionen und Streiks ausgewählter DDR-Bezirke zwischen August 1989 und April 1990

DDR-Bezirk	Anteil der öffentlich wirksamen Aktionen im Bezirk an den Aktionen insgesamt (%)	Anteil der Streiks im Bezirk an den Streiks insgesamt (%)
Berlin	3,5	4,4
Potsdam	4,5	5,8
Halle	7,1	4,4
Magdeburg	6,2	3,4
Dresden	7,3	2,9
Karl-Marx-Stadt	17,5	7,8
Erfurt	11,2	12,6
Gera	8,6	19,9
Suhl	5,8	18,9
insgesamt	100,0	100,0

Zusammengestellt und berechnet nach: Uwe Schwabe, Der Herbst 1989 in Zahlen – Demonstrationen und Kundgebungen vom August 1989 bis zum April 1990, Eberhard Kuhrt in Verbindung mit Hansjörg F. Buck und Gunter Holzweißig im Auftrag des Bundesministeriums des Innern, Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft, Opladen 1999, S. 720ff., Tabelle 1 und 2, S., 721f.

Wie Tabelle 1 zeigt, lag der absolute Schwerpunkt der Demonstrationen im DDR-Bezirk Karl-Marx-Stadt, aber auch in der Stadt Karl-Marx-Stadt/Chemnitz, was in dieser Tabelle nicht deutlich werden kann. Dieser Bezirk war ein absolut führender Industriebezirk in der DDR, mit einer entsprechenden Sozialstruktur der Bevölkerung. Ähnliches gilt auch für die anderen führenden Bezirke der Demonstrationen. Auffällig und hervorhebenswert ist auch noch ein anderer Aspekt in dieser Tabelle. Ostberlin war nicht nur die einzige Millionenstadt in der DDR, sie war auch die "Hauptstadt der

Opposition". Dennoch war die Stadt hinsichtlich des Verhältnisses von Demonstrationen je Kopf der Bevölkerung ganz und gar nicht führend. Dies hing damit zusammen, dass Ostberlin nicht nur eine starke Industriearbeiter/innenschaft besaß, sondern eben als Hauptstadt auch die Hauptstadt der Bürokratie und der parteinahen Intelligenzia war, die gerade die Kontrahent/innen der demokratischen Revolution bildeten. Diesen Zusammenhang zwischen sozialer Zusammensetzung der Einwohnerinnen und Einwohner von Städten und der Protesthäufigkeit je Kopf der Bevölkerung macht eine andere Statistik besonders deutlich: Die Zahl der Protestaktivitäten je Einwohner/in war in Kleinstädten der DDR größer als in Großstädten, da in den meisten Kleinstädten weniger Staatsbürokratie und staatsnahe Intelligenzia lebte. Insofern gab es je Einwohner in den Kleinstädten auch einen höheren Anteil der sogenannten kleinen Leute, deren Unzufriedenheit mit den bestehenden Zuständen und dem ganzen Regime zum Motor des Umsturzes wurde. Umgekehrt kann für die meisten anderen Großstädte der DDR wie für Ostberlin gezeigt werden: Sie waren als Bezirkshauptstädte immer auch die Konzentrationspunkte der Bürokratie, der Sicherheitsapparate und der parteinahen Intelligenzia.

Schließlich und endlich muss noch erwähnt werden, dass sich – statistisch hinreichend belegt – auch und gerade im Wahlergebnis der ersten und einzigen freien Volkskammerwahlen am 18. März 1990 die sozialen Gruppen der DDR-Gesellschaft deutlich widerspiegeln. Um hier nur die Pole zu benennen: Je höher der Anteil von Arbeiter/innen, je weiter südlich der Stimmbezirk und je kleiner die Gemeinde, desto größer war der CDU-Anteil. Je größer die Städte und je höher der Anteil der staatsnahen Schichten, umso größer der Anteil der PDS. Dass das Gros der Arbeiter/innen am 18. März nicht nur die SED abwählte, sondern die ganze DDR, war Ausdruck einer politischen Entwicklung in den Monaten zuvor, deren sozialer Gehalt begriffen werden kann und muss. An dieser Stelle mag der Hinweis auf

dieses Wahlergebnis genügen, um noch einmal deutlich zu machen, dass das Verhalten der Arbeiterinnen und Arbeiter entscheidend war für den Gesamtverlauf des Umbruches von 1989/1990. Dies kann allerdings nur durch die Darstellung des Verlaufes dieser politischen Auseinandersetzungen und des Zusammenhangs zwischen politischer und sozialer Entwicklung deutlich gemacht werden.

Phasen der Revolution und betrieblicher Aufbruch

Der Sturz der SED-Diktatur im Herbst 1989 erfolgte durch eine von September 1989 bis März 1990 andauernde und zuletzt alle gesellschaftlichen Bereiche erfassende Massenbewegung. Sie machte die Versuche des Regimes zunichte, mit dem bereits unter dem Druck der Straße erfolgten „Austausch“ des Generalsekretärs der SED und einer „Wende von oben“ die Opposition zu isolieren und die Strukturen der Parteidiktatur zu erhalten. Im Unterschied zum Arbeiter/innenaufstand vom 17. Juni 1953 boten im Herbst 1989 keine betriebsspezifischen und arbeiterspezifischen Gründe wie etwa die Arbeitsnormen den Anlass für den Aufbruch der Massen. Vor dem Hintergrund der politischen Entwicklungen in der Sowjetunion, in Polen und Ungarn eskalierten die Konflikte mit der im Frühjahr angekündigten und im September 1989 realisierten Öffnung der ungarischen Grenze zum Westen. So standen im Mittelpunkt der revolutionären Ereignisse des Herbstes von vornherein allgemein-demokratische Forderungen. Aufgrund des dominant politischen Charakters der Massenbewegung wie ihrer Artikulationsformen auf den Straßen oder in den Massenversammlungen innerhalb der Kirchen, in denen auch die sozialen Konflikte der DDR-Gesellschaft zur Sprache kamen, kann die Entwicklung innerhalb der Betriebe von vornherein nur im engen Zusammenhang mit der gesamtgesellschaftlich-politischen Entwicklung gesehen werden. Da die DDR-weiten Kommunikationsnetze der Opposition im Umfeld der Kirchen entwickelter waren als die Kommunikation zwischen den ersten Aktiven innerhalb der bislang vom Regime

durchherrschten Betriebe und die politische Initiative für Demonstrationen zudem von der Opposition ausging, lagerte sich die Massenbewegung im Augenblick der Eskalation bei den Demonstrationen der Opposition im Umfeld der Kirchen an. So wurde die Entwicklung innerhalb der Betriebe abhängig von der Entwicklung der politischen Kräfteverhältnisse in den verschiedenen Etappen der demokratischen Revolution außerhalb der Betriebe.

Seit dem Frühjahr 1989 befand sich eine Minderheit der DDR-Gesellschaft im Aufbruch.[9] Ihren sichtbarsten Ausdruck fand er in der Überwachung der Kommunalwahlen am 7. Mai durch die Opposition und den Fluchtversuchen einer immer größer werdenden Zahl von Menschen. Wie erwähnt, belebten sich auch in den Betrieben bereits Formen von widerständigem Verhalten. Infolge der Ankündigung der geplanten Grenzöffnung durch die ungarische Regierung, den ersten Grenzübertritten und den folgenden Botschaftsflüchtlingen eskalierte die Auseinandersetzung um die Reisefreiheit. Mit der Öffnung der ungarischen Grenze war der seit der Einmauerung der Bevölkerung 1961 geltende innenpolitische Status quo aufgehoben. Es begann die Auseinandersetzung darum, wer Schuld an den Massenfluchten der jungen Generation und an der ganzen gesellschaftlichen Misere hätte; erste öffentliche Proteste gegen die ignorante Haltung der Regierung und ihrer Medien gegenüber den Problemen im Land wurden laut. Mit der als Antwort auf die von den Ausreisewilligen gestellte Forderung „Wir wollen raus!“ gemünzte Losung „Wir bleiben hier!“, begann die Opposition auf den Straßen jene Machtfrage zu stellen, die fortan von immer mehr Menschen zu ihrer eigenen gemacht wurde. Doch erst der Versuch des Regimes den alten Zustand durch die Schließung der bis dato freien Grenze zur ČSSR am 3. Oktober 1989 wiederherzustellen, trieb Massen zum Aufstand auf die Straße. Die Prügelorgien der Polizei gegen die Demonstrierenden am 3. Oktober in Dresden und am 7. Oktober 1989 in Berlin und Leipzig schüchterten

9 Für das Folgende vgl. Bernd Gehrke, Demokratiebewegung und Betriebe in der „Wende“ 1989. Plädoyer für einen längst fälligen Perspektivwechsel, in: Gehrke/Hürtgen (Hrsg.), Der betriebliche Aufbruch, S. 204-246.

nicht ein, sondern ließen die Sorge wachsen, dass die bisherige Entwicklung vom Parteistaat total zurückgedreht würde. Am 7. Oktober in Plauen und Berlin, am 8. Oktober in Dresden und am 9. Oktober in Leipzig trieb diese Sorge bereits Zehntausende auf die Straße. In Leipzig waren es bereits 70.000 Demonstrant/innen.

Mit dem Verzicht auf die weitere gewaltsame Eindämmung der Proteste, dem Rücktritt des vorerst letzten deutschen Despoten und der Einleitung eines politischen Wendemanövers durch das Politbüro hatte der Aufstand am 18. Oktober ein erstes wichtiges Ziel erreicht. Die Entscheidung der Herrschenden zum Gewaltverzicht war nicht nur von der fehlenden sowjetischen Bereitschaft zur militärischen Intervention, sondern auch von der Erkenntnis beeinflusst, dass in den Betrieben bereits eine massive Stimmung gegen die SED bestand und eine Eskalation der Gewalt die Gefahr von Streiks heraufbeschwören würde. Und in der Tat: Der erste Aufruf zur Gründung einer unabhängigen Gewerkschaft im GRW Teltow, Mitte Oktober, war von den Initiator/innen vor allem als betriebliche Solidarisierung mit den Demonstrationen und als Entlastung von der Gefahr gewaltsamer Niederschlagung gemeint.
Doch der Versuch des Regimes, mit Hilfe einer sogenannten Dialogpolitik der Opposition den Wind aus den Segeln zu nehmen und die Massenbewegung durch Zugeständnisse in eine Richtung zu kanalisieren, die die Existenz der SED-Diktatur nicht in Frage stellte, misslang. Nun entfaltete sich die damals so bezeichnete „Oktoberrevolution“ der DDR und eine wahre Flutwelle von Demonstrationen und Protesten ergoss sich über das Land, gelangte bis in kleinste Städte und erfasste immer mehr Betriebe und Institutionen, in denen zum Teil selbsteinberufene Belegschaftsversammlungen stattfanden. Vereinzelte Aufrufe aus Betrieben erreichten die Öffentlichkeit wie der Offene Brief an den FDGB-Chef Harry Tisch, von den FDGB-Vertrauensleute im VEB Bergmann-Borsig in Berlin verfasst, oder der erwähnte erste Aufruf zur Gründung einer unabhängigen Gewerkschaft „Reform“ im

VEB Reglerwerk Teltow. Innerhalb des FDGB-Apparates begann jetzt ein Kampf um die Absetzung von immer hochrangigeren Funktionären. Im Zuge dieser Auseinandersetzungen und bekannt gewordener Skandale begannen Belegschaften, ihre Mitgliedsbeiträge nicht mehr an den Bundesvorstand abzuführen, sondern auf Sonderkonten zu überweisen. Diese Entwicklung erreichte ab November ihren Höhepunkt, so dass der FDGB-Apparat am Jahresende 1989 pleite war.

Auf den Demonstrationen und in den Kirchen lernten sich nun auch die oppositionellen Geister aus den verschiedenen Bereichen der Großbetriebe kennen, die auf Veränderungen innerhalb der Betriebe drängten. Die Herrschaft der SED über die institutionalisierten Kommunikationswege innerhalb der Betriebe und die allgemeine Angst vor Spitzeln hatte sie bisher daran gehindert, ihre Gesinnung gegenüber den anderen Kolleg/innen zu offenbaren. Zudem hatten sich inzwischen einige dem Neuen Forum oder anderen Oppositionsgruppen angeschlossen und trugen deren Ideen in ihre Betriebe. So weitete sich der Aufstand zur Revolution aus und jeden Tag traten nun irgendwelche Funktionäre und Gremien zurück, Anfang November auch der FDGB-Vorsitzende Harry Tisch. Der Versuch des alten Regimes unter dem neuen Chef Egon Krenz, durch das Angebot großer Teile der DDR-Wirtschaft als Anlagesphäre des westdeutschen Kapitals eine neue Finanzspritze seitens der Kohl-Regierung zu erhalten, scheiterte. Damit war auch die wirtschaftliche Stabilisierung der alten Macht misslungen.[10] Anfang November erreichte die revolutionäre Woge eine neue Stufe. Allein in der Woche vor dem Mauerfall zählte die Stasi rund 1,3 Millionen Protestierende. Der Versuch, sich mit dem erstmalig erfolgten Rücktritt des Politbüros am 8. November, der Annahme eines „demokratisch und marktwirtschaftlich“ orientierten „Reformprogramms“ seitens des SED-Zentralkomitees sowie der Annahme eines Reisegesetzes, welches die

10 Vgl. Hans-Hermann Hertle, Chronik des Mauerfalls. Die dramatischen Ereignisse um den 9. November 1989, Ch. Links Verlag, Berlin 1999.

Mauer für alle durchlässig mache sollte, den „Druck aus dem Kessel zu nehmen“, scheiterte kläglich. Die Wiederwahl bisheriger Politbüromitglieder führte bereits am nächsten Vormittag zu massiven Protesten der SED-Basis in den Bezirken, die den Rücktritt von drei Mitgliedern erwirkte. Die lächerliche Art der Umsetzung der Reisefreiheit als neuerliches „Geschenk von oben“ durch Krenz und Schabowski gaben letztlich der spontanen Masseninitiative am Abend des 9.November jenen Impuls, der zur Öffnung der Grenze „von unten“ führte.

Doch obwohl sich mit dem Mauerfall „die ganze Welt“ verändert hatte, bestanden die alten Institutionen des Parteistaates in der DDR fort und die Funktionäre versuchten, die Krise auszusitzen. Der Versuch, diese alten Institutionen zu erhalten und weiter zu agieren wie bisher, wurde zur neuerlichen Provokation für die Massen. Sie nahmen es nicht mehr hin, dass die alten SED-Sekretäre oder die von der SED eingesetzten Vorsitzenden der FDGB-Betriebsgewerkschaftsleitungen die Vertrauensleutevollversammlungen oder Betriebsversammlungen eröffnen und leiten wollten. Nun, nach der Maueröffnung, stand die Abschaffung der Machtgrundlagen des alten Regimes, seine Institutionen in Gänze auf der Tagesordnung der Erhebung. Sie wurden überall, auch in den Betrieben zerstört. Die Streichung des immer noch bestehenden Führungsanspruches der SED aus der Verfassung und freie Wahlen sowie die Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit als wichtigstes Machtinstrument der SED rückten in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen, ebenso die Auflösung der SED-Kampfgruppen und der hauptamtlichen SED-Strukturen und ihrer „Massenorganisationen“ in den Betrieben und Institutionen. Das konnte allerdings nur in den Betrieben selbst verwirklicht werden. Obwohl diese Zerstörung der Einrichtungen des Parteistaates in den Betrieben die Axt an die Wurzel des alten Regimes legte, wird sie bis heute kaum beachtet. In breiter Erinnerung blieb lediglich, dass mit der nach polnischem Vorbild erfolgten Einrichtung eines Runden Tisches von Opposition und Vertreter/innen des

bisherigen Regimes am 6. Dezember die Durchführung freier Wahlen zur Volkskammer beschlossen wurde.

In dieser Situation des Kampfes gegen die alten betrieblichen Strukturen und Machtverhältnisse formierten sich nun in immer mehr Betrieben kleine Gruppen der innerbetrieblichen Opposition oder erlangten die Initiative in der breiteren betrieblichen Öffentlichkeit. Zunächst standen für sie vornehmlich politische Aufgaben im Vordergrund wie die Beseitigung der SED und die Auflösung der Kampfgruppen in den Betrieben. Politische Probleme bestimmten auch weiterhin noch stark die Auseinandersetzungen in den Betrieben, denn nach der offiziellen Auflösung der SED-Strukturen begannen Konflikte um den Verbleib des alten Personals und die Versuche seiner Reorganisation unter neuen Firmenschildern. Namentlich die Auseinandersetzungen um die Stasi spielten noch wochen- und monatelang eine zentrale Rolle. Nach der verkündeten Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit durch die Mitte November 1989 von der *alten* Volkskammer eingesetzten 1. Modrow-Regierung begannen gerade in den Betrieben neue Proteste, als die ersten Stasi-Leute aus dem aufgelösten Ministerium „in die Produktion“ versetzt wurden. Diese landeten dort nämlich nicht am Band, sondern in den gutbezahlten Führungsetagen und bekamen zudem gute Übergangsgelder. Hinzu kam, dass die Modrow-Regierung unter anderem Namen wieder einen Geheimdienst einrichten wollte, obgleich ihr die Opposition das Recht abgesprochen hatte, vor einer freien Wahl derartige Handlungen vorzunehmen.

Dieser Konflikt sowie die Ignoranz der Modrow-Regierung gegenüber den von der Opposition am Runden Tisch durchgesetzten Beschlüssen führten im Dezember und Januar 1990 zu einem zweimonatigen Machtkampf zwischen amtierender Regierung und Opposition, in dem die Betriebsbelegschaften immer wieder für politische Ziele mobilisiert wurden, besonders in den industriellen Zentren des Südens der DDR. Im

Januar 1990 wurde die eindeutig gezeigte Streikbereitschaft von Hunderttausenden das ausschlaggebende Drohpotenzial für den endgültigen Verzicht der Modrow-Regierung auf die Einrichtung eines neuen Geheimdienstes vor den Volkskammerwahlen.[11] Doch hatte das Neue Forum als die einzige Organisation der Opposition, die aufgrund ihrer Größe und ihrer politischen Anerkennung bei den Mehrheiten in jenen Tagen die faktische Möglichkeit dazu gehabt hätte, auf einen Generalstreik verzichtet. Als der Machtkampf sich Ende November 1989 zuspitzte, veröffentlichte das Neue Forum Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) einen Aufruf für einen Generalstreik, der aber sowohl von den Sprecher/innen in Berlin als auch bei einem DDR-weiten Delegierten-Treffen abgelehnt wurde.[12] Ebenso wurde das zwei Wochen später erfolgte Angebot der Vertreter/innen der Großbetriebe Magdeburgs an das Neue Forum zugunsten der Opposition und ihrer Forderungen nach einer tatsächlichen Auflösung der Stasi in den Streik zu treten, vom Neuen Forum nicht angenommen. Auch danach gab es auf der Landesebene nie den Versuch zur Organisation eines Generalstreiks. Allerdings wuchs auf regionaler Ebene in den Südbezirken der DDR im Januar wegen der Auseinandersetzung um die Einrichtung einer Stasi-Nachfolgeeinrichtung die Bereitschaft zum politischen Streik gegen die Modrow-Regierung. Namentlich die SDP[13] setzte angesichts dieser Stimmung in den Betrieben auf die Mobilisierung von Belegschaften und einer breiten Öffentlichkeit.

Vor diesem Hintergrund endete dieser Machtkampf mit einem Kompromiss zwischen der bisherigen Opposition und der Modrow-Regierung, insofern der vorgesehene Wahltermin für die Volkskammer vom 6. Mai auf den 18. März vorgezogen wurde

---

[11] Wem die Zentralität und die massenhafte Auseinandersetzung mit diesem zentralen Unterdrückungsorgan der SED-Diktatur entgangen ist, wird die große Emotionalität, die dieses Thema auch nach 1990 bei großen Teilen der ostdeutschen Bevölkerung hervorrief und zum Teil immer noch hervorruft, kaum verstehen können.

[12] Vgl. Bernd Gehrke, Die „Wende“-Streiks. Eine erste Skizze, in: Gehrke/Hürtgen (Hrsg.), Der betriebliche Aufbruch, S. 256-260.

[13] Die neu gegründete Sozialdemokratie nannte sich zunächst Sozialdemokratische Partei der DDR. Ihre Umbenennung in SPD erfolgte erst wenige Tage nach den hier geschilderten Auseinandersetzungen.

und mit Ausnahme der Vereinigten Linken (VL) alle neuen politischen Vereinigungen ab Anfang Februar in eine zweite Modrow-Regierung eintraten. Zeitgleich und ohne Information seiner anderen Regierungskoalitionäre verkündete der altneue Ministerpräsident plötzlich die Losung „Deutschland einig Vaterland!“. Damit griff er jene, durch einen massiven politischen Stimmungsumschwung auf den Straßen und in den Betrieben gerade bei Arbeiterinnen und Arbeitern immer populärer gewordene Losung auf, die einen schnellen Anschluss an die BRD zum Ausdruck brachte. Der Stimmungsumschwung war in den Wochen des Machtkampfes zwischen Opposition und den Vertreter/innen des alten Regimes eingetreten und wird als „Wende in der Wende“ bezeichnet. Während der Aufbruch des Herbstes 1989 keineswegs den Anschluss an die BRD zum Ziel hatte, setzte sich nun durch den politischen Stimmungsumschwung gerade auch bei Arbeiterinnen und Arbeitern die Option eines raschen Anschlusses der DDR an die BRD durch. Noch die erste seriöse Meinungsumfrage, die gemeinsam von DDR-Soziolog/innen und westdeutschen Wahlforschungsinstituten vorgenommen wurde, belegt die ursprüngliche Richtung des demokratischen Aufbruchs nachdrücklich. 73 Prozent der DDR-Bürger/innen trat noch im Dezember 1989 für eine demokratisch veränderte eigenständige DDR und eine Kooperation mit der BRD ein.[14] Nicht nur um den Stimmungsumschwung verstehen zu können, sondern auch den weiteren Ablauf des gesamten Umbruchs, spielt das Verständnis der wirtschaftlich-sozialen Probleme und der Entwicklung in den Betrieben nun eine entscheidende Rolle.

Die Wiederkehr der „sozialen Frage“ und die „Betriebswende“

Während sich nach der Maueröffnung der politische Kampf gegen die Institutionen des Parteistaates und seine Machtstützen bis hin zur Eroberung der Stasizentralen zuspitzte, vollzog sich noch ein anderer, wenig beachteter Prozess: Extrem

[14] Vgl. Der Spiegel, Nr. 51/1989, S.86-89, und Nr. 52/1989, S. 72-75.

zentralistisch ausgerichtet, zerfiel mit der politischen Entmachtung der zentralen Führung des alten Regimes faktisch das gesamte bisherige Wirtschaftssystem. Das zeigte sich unter anderem darin, dass sich nun seine bisherigen Teilbereiche und besonders das betriebliche Management selbständig zu machen suchten, wenn sie nicht von den Belegschaften daran gehindert wurden. Doch deren bisherige Aktivitäten hatten sich vornehmlich gegen politische Strukturen der SED und ihre Massenorganisationen sowie gegen die Kampfgruppen, nicht aber gegen das „fachliche“ Management gerichtet. Hinzu kam, dass etliche SED-Direktoren jetzt selbst auf „Reformkurs“ gingen oder ihre bisherigen Stellvertreter sie nun – als Neuparteilose – ersetzten. So wundert es nicht, dass die von der Partei und ihrem zentralen Dirigismus befreiten Kombinats- und Betriebsdirektoren zu eigenständig agierenden Managern wurden, die keiner Kontrolle unterlagen, weder durch den sich auflösenden Staat, noch durch die Belegschaften. Denn diese verfügten weder über Gewerkschaften noch Betriebsräte oder irgendeine andere Art gemeinschaftlicher Interessenvertretung, bestenfalls über kleine Initiativgruppen. Der FDGB – zuvor keine Gewerkschaft, sondern eine Art staatsbetriebliche Sozialverwaltung, in der die Chefs bei Versammlungen am Tisch der Beschäftigten saßen oder gar die Rolle der „Vertrauensleute“ ausübten – war nun entweder in Schockstarre verfallen, mit Auseinandersetzungen innerhalb des hauptamtlichen Apparates beschäftigt oder durch die beginnenden innerbetrieblichen Konflikte um seine Demokratisierung auf der Betriebsebene lahmgelegt.

Mit der Maueröffnung brach nun aber auch der Weltmarkt mit aller Wucht in die DDR-Ökonomie ein und bedrohte sehr bald die Zahlungsfähigkeit und Existenz der Betriebe. Vor diesem Hintergrund fingen die nicht mehr unter zentraler Order stehenden Direktoren damit an, eigene „marktwirtschaftliche Reformkonzepte“ für „ihre“ Betriebe zu entwickeln und umzusetzen. So sahen sich die DDR-Beschäftigten schon im November mit ersten Androhungen von Massenentlassungen und

Werkschließungen konfrontiert. Und immer öfter beobachteten sie das Auftauchen schwarzer Westlimousinen in den Betrieben. Die Betriebsleitungen verhandelten bereits hinter dem Rücken der Belegschaften mit der Westkonkurrenz über die Aufteilung des Bärenfells. So brach nach der Maueröffnung nun neben der immer noch ungelösten *politischen Machtfrage* auch die *soziale Frage* als eigenständige Problematik massiv auf, gerade weil es keine politische Entscheidungsstelle für ökonomische und soziale Probleme mehr gab, Angesichts des politischen Machtkampfes im Lande gab es zu dem gerade abgesetzten alten Machtsystem auch keine neue Art von politischer Regelungsinstanz für die vielen neu aufgetauchten Probleme. So entstand mit dem dramatisch zu nennenden plötzlichen Einbruch sozialer und wirtschaftlicher Existenzprobleme in das Leben von Millionen Beschäftigten – von den Betriebsbelegschaften selbst ausgehend – verstärkt das Bedürfnis nach eigenständigen wirtschaftlich-sozialen Interessenvertretungen.

Nur für eine Minderheit der eher akademisch-bildungsbürgerlich geprägten Organisationen der Bürgerbewegungen spielten die Betriebe und ihre Beschäftigten eine zentrale Rolle in ihrer Politik. Allerdings war es der Initiative für Unabhängige Gewerkschaften (IUG) gelungen, den berühmten Theatermann Heiner Müller dafür zu gewinnen, dass er während der großen Demonstration auf dem Berliner Alexanderplatz am 4. November 1989 ihren Aufruf zur Gründung unabhängiger Gewerkschaftsinitiativen verlas.[15] Seine im Fernsehen übertragene Rede, machte den Aufruf und damit das Thema noch vor der Maueröffnung landesweit bekannt. Doch erst Ende November und vor allem im Dezember, nach der Vertreibung der SED-Strukturen aus den Betrieben und mit der Zuspitzung der wirtschaftlichen Situation begann eine wirkliche Welle von Initiativen unterschiedlichster Art zur Gründung eigenständiger Interessenvertretungen in den Betrieben. Dabei standen

[15] Vgl. Aufruf der Initiative für Unabhängige Gewerkschaften vom 4. November 1989, in: Gehrke/Hürtgen (Hrsg.), Der betriebliche Aufbruch, S. 486.

die Beschäftigten vor einem völligen historischen Neuanfang: Eigenständig organisierte – und das konnte in einem Polizeistaat wie der DDR nur heißen: oppositionelle und konspirativ arbeitende – Betriebsgruppen jeglicher politischer Couleur gab es schon seit Jahrzehnten nicht mehr. Die überwältigende Mehrheit von Arbeiter/innen im Jahre 1989 hatte von Streiks in der DDR nie etwas erfahren, geschweige denn, dass sie eine Streikpraxis kannte. Selbst der Aufstand von 1953 war für die meisten aus der Erinnerung verschwunden und als Bezugsrahmen von Streiks nicht mehr gegenwärtig.[16] Jede Art von kollektivem Protest war unter der SED massiv sanktioniert worden, namentlich „Rädelsführer“ und „Provokateure“ wurden von SED und Staatssicherheit repressiert und Jahrzehnte lang „unter Beobachtung“ gehalten. Streiks und Gewerkschaften waren zwar aus dem Westfernsehen bekannt, doch der Schritt vom alltäglichen Meckern über die Unzulänglichkeiten des „Systems“ zur eigenständigen und dazu noch kollektiven Aktivität war nicht nur ein großer historischer, sondern auch ein mit Angst besetzter persönlicher Schritt für jede und jeden Einzelnen.[17] Oft war es leichter im Herbst 1989 in der Anonymität der Massenbewegung auf den Straßen zu protestieren, als im Angesicht der Chefs, die immer noch in ihren Positionen saßen, deren Absetzung zu fordern oder sich im Betrieb unerlaubt zu versammeln. Deshalb entstanden schubweise mit jeder Etappe der allgemein-demokratischen Bewegung die Initiativgruppen für Interessenvertretungen der Beschäftigten in den Betrieben, zumeist auf kleinstem Niveau mit vier oder fünf Personen, die sich gut aus dem Umfeld des eigenen Arbeitsplatzes kannten.

Parallel zur Welle der betrieblichen Initiativen für Interessenvertretungen begann nun auch eine Welle ökonomisch und sozial intendierter Streiks. In der Regel hatten sie

---

16 Vgl. Interview mit Wolfgang Schmidt über die Demokratiebewegung in den Betrieben von Görlitz, in: Gehrke/Hürtgen (Hrsg.), Der betriebliche Aufbruch, S. 287f.

17 Vgl. Ewald S. und andere Zeitzeugenberichte, in: Gehrke/Hürtgen (Hrsg.), Der betriebliche Aufbruch, S. 33ff.

angesichts der sich nach der Maueröffnung zuspitzenden Wirtschaftskrise den Charakter von Warnstreiks. Die Streikgründe waren sehr unterschiedlich. Zum einen wurden lange vernachlässigte Löhne zum Thema gemacht. Aber auch regionale Versorgungsprobleme, die auf fehlende Investitionen zurückzuführen waren, boten Streikanlässe.[18] Es kam auch zu einer Reihe von Streiks, die mit dem durch die Maueröffnung erfolgten Einbruch des Weltmarktes direkt in Verbindung gebracht werden müssen. Die Berliner Müllwerker forderten zum Beispiel eine Lohnangleichung an die Löhne der nun fast schon neben ihnen tätigen Westberliner Kolleg/innen. Die Kali-Kumpel aus Bischofferode, die 1993 den mutigen großen (Hunger-)Streik gegen die Liquidierung ihres Schachtes durch die Treuhand führten und in ganz Deutschland große Solidarität erfuhren, begannen im Februar 1990 erstmals einen Streik für Wirtschaftsreformen, die das Überleben ihres Betriebes auf dem Weltmarkt zum Ziel hatte. Insgesamt fanden in der Zeit vom August 1989 bis zum April 1990 212 Streiks statt. Das Gros dieser Streiks lag ebenso wie das Gros der Proteste und Demonstrationen im Süden der DDR, besonders häufig in den drei DDR-Bezirken Thüringens.

18 Für die Streiks vgl. Bernd Gehrke, Die „Wende“-Streiks. Eine erste Skizze, in: Gehrke/Hürtgen (Hrsg.), Der betriebliche Aufbruch, S. 247-270.

Tabelle 2

Streiks und Betriebsbesetzungen zwischen August 1989 und April 1990

Bundesland	DDR-Bezirk	Streiks		Betriebsbesetzungen		Regionaler Anteil der Streiks an den Streiks insgesamt (%)	
		Bundesld.	DDR-Bezirk	Bundesld.	DDR-Bezirk	Bundesld.	DDR-Bezirk
Berlin	Berlin	9	9			4,4	4,4
Brandenburg		26		2		12,6	
	Cottbus		10				4,9
	Frankfurt/O.		4		1		1,9
	Potsdam		12		1		5,8
Mecklenburg - Vorpommern		17		2		8,3	
	Neu-brandenburg		6		1		2,9
	Rostock		6		1		2,9
	Schwerin		5				2,4
Sachsen-Anhalt		16		3		7,8	
	Halle		9		1		4,4
	Magdeburg		7		2		3,4
Sachsen		32		2		15,5	
	Dresden		6		2		2,9
	Karl-Marx-Stadt		16				7,8
	Leipzig		10				4,9
Thühringen		106		3		51,5	
	Erfurt		26		1		12,6
	Gera		41				19,9
	Suhl		39		1		18,9
insgesamt	insgesamt	206	206	12	12	100,0	100,0

Zusammengestellt und berechnet nach: Uwe Schwabe, Der Herbst 1989 in Zahlen, a.a.O.

Sowohl die Welle der Gründungen von Interessenvertretungen der Beschäftigten als auch die ökonomischen Streiks waren bereits Ausdruck immer größer werdender sozialer Bedrohungen und Ängste. Täglich erschienen in den Medien Ost oder West seit Dezember 1989 Meldungen über eine neue wirtschaftliche oder soziale Katastrophe. Im Januar 1990 meldeten die Westmedien einen unmittelbar bevorstehenden Staatsbankrott der DDR, ohne dass es eine erkennbare handlungsfähige Macht gab, die ihn hätte aufhalten können. Diese Situation schürte bei vielen Beschäftigten erstmals große soziale Ängste.

Der mehrfach erwähnte Machtkampf zwischen Opposition und Modrow-Regierung spielte sich vor diesem Hintergrund am Runden Tisch ab. Doch die Opposition hatte weder die Bereitschaft gezeigt, im Bunde mit den streikwilligen Belegschaften selbst um die Macht zu kämpfen, noch hatte sie Antworten auf die anstehenden sozialen Fragen der Mehrheiten erkennen lassen. Im Gegenzug versuchte aber die vermeintlich schon untergegangene und nur oberflächlich umbenannte SED Anfang Januar 1990 eine politische Offensive zu starten. Die Angst vor der Wiederkehr des alten Regimes wuchs massiv und erzeugte nun auch jene antikommunistische Atmosphäre, die es vorher nur minoritär gegeben hatte. In dieser Situation propagierte die Ost-SPD aus populistischen Wahlkampfgründen die Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion zum Urlaubsbeginn am 1. Juli. Auf diesen Zug ist Kanzler Kohl etwas später aufgesprungen und hat das Rennen gemacht. Angesichts einer fehlenden inneren politischen Kraft, der eine Perspektive für die Lösung der anstehenden Probleme bieten konnte schien es nur noch eine einzige Alternative zu geben: Die Bundesrepublik. Demokratisch. Reich. Und sozialstaatlich flankiert.

Diese politisch dominierte „Wende in der Wende“ bestimmte letztlich auch das Schicksal der betrieblichen Initiativen. Als Hans Modrow Ende Januar 1990 sein „Deutschland einig Vaterland“ verkündete, war der Machtkampf im Grunde entschieden und das Wahlergebnis vom 18. März nur noch eine Bestätigung. Während Opposition und Modrow-Regierung miteinander rangen, machte eine dritte „Partei“ das Rennen. So fiel das Ergebnis der Entwicklung nun auch gegen jene aus, die nach eigenständigen Lösungen suchten, wie die ehemalige DDR-Opposition. Dieses Schicksal teilten auch die Aktivist/innen des betrieblichen Aufbruchs. Denn zeitgleich mit Modrows politischer Verkündigung des Endes des Machtkampfes zugunsten von „Deutschland einig Vaterland!“ zeigte der am 30. Januar 1990 beginnende Außerordentliche Gewerkschaftskongress das Scheitern all jener, die

ihre Hoffnungen in eine Reform des FDGB gesetzt hatten. Das galt auch für die DGB-Gewerkschaften. Angesichts der Tatsache, dass zu diesem Zeitpunkt bereits zahlreiche Verhandlungen zwischen dem Ost-Management und Westunternehmen stattfanden, Joint-Ventures angekündigt wurden, während es andererseits zu keiner gewerkschaftlichen Handlungsfähigkeit auf Seiten des FDGB gekommen war, beschlossen nun ihrerseits die westdeutschen Gewerkschaften ihren Einmarsch in die DDR und begannen mit dem Aufbau ihrer Strukturen. Selbstverständlich ohne Kontakte und Absprachen mit den DDR-oppositionellen Betriebsaktivist/innen. Sie eröffneten Büros und begannen – unterschiedlich von den Einzelgewerkschaften gestaltet – die Organisation der Übernahme der FDGB-Mitglieder. Über 90 Prozent der ehemaligen FDGB-Mitglieder traten bis zum Herbst 1990 den DGB-Gewerkschaften bei. Damit waren alle Versuche zur Gründung DDR-eigener neuer Interessenvertretungsstrukturen jenseits des westdeutschen „Modells“ faktisch zu Ende. Etliche der oppositionellen Betriebsaktivist/innen sprangen auf den rollenden Zug auf, für andere begann nun die gesamtdeutsche gewerkschaftsoppositionelle Arbeit.

Die neuen betrieblichen Interessenvertretungen in der DDR

Seit Oktober und besonders seit November 1989 bildeten sich in verschiedenen Betrieben Initiativgruppen, die sich meist mit einem Aufruf oder einem Forderungskatalog bekannt machen wollten. Doch die Kolleg/innen von ihrem Anliegen zu informieren, war ein risikovolles Unterfangen und wurde vielerorts zu einem Kampf um die Betriebsöffentlichkeit. In zahlreichen Betrieben ging es zunächst einmal darum, die von der SED beherrschte Wandzeitung selber zu nutzen. Hier einen Text anzubringen, der von Vielen gelesen werden konnte, war zu dieser Zeit noch schwieriger als etwas später die Gründung einer Zeitung. Tage, ja, manchmal

Wochen lang nahmen der Parteisekretär oder der „BGLer“[19] die Texte der Initiativgruppen wieder vom „roten Brett“ ab und das Spiel begann von Neuem. Erst, als sich durch den Druck der Straße die Situation politisch verändert hatte, war auch der Kampf um die Betriebswandzeitung zugunsten der Opposition endgültig entschieden. Zudem verfügten die Initiativgruppen zunächst über keine Kommunikationsmittel, Schreibmaschinen wurden nicht von allen besessen und im Betrieb waren sie wie die Computer von der SED kontrolliertes „Volkseigentum“. Manche der ersten Aufrufe waren handschriftlich verfasst. Doch sei es, dass es den Initiativen gelang, ihre Aufrufe betriebsweit bekannt zumachen, wie im Ratiomittelbau Karl-Marx-Stadt, sei es, dass sich die Betriebsaktivist/innen bei den Oppositionsversammlungen in den örtlichen Kirchen, wie im EAW Berlin oder auf dem Weg zur Montagsdemo in Leipzig, kennen lernten wie in der Brikettfabrik Espenhain, schließlich gelang ihnen eine betriebsweite Vernetzung mit anderen „aktiven Kolleg/innen. In einigen Betrieben spielte auch die Sammlung von Unterschriften vor den Toren oder gar innerhalb des Betriebes für die Zulassung des Neuen Forum eine wichtige Rolle für die Entstehung einer solchen Initiative, so im Berliner Werk für Fernsehrelektronik.

Eine besondere Funktion bekamen in vielen Betrieben auch die Vertrauensleute-Vollversammlungen (VVV). des FDGB. Je größer der Unmut vieler Vertrauensleute über die politische Situation in der DDR wurde, umso mehr veränderten diese Versammlungen ihren bisherigen Charakter. Die VVV wurden oft jenes Forum, auf dem sich die innerbetrieblichen Auseinandersetzungen zwischen den Initiativgruppen für neue demokratische Interessenvertretungen und den demokratisch „gewendeten“ BGL’s abspielten, so wie im Schwermaschinenbaukombinat „Ernst Thälmann“ in Magdeburg, im Eisenhüttenkombinat Eisenhüttenstadt oder in den meisten Betrieben der Chemieindustrie. Da diese demokratischen Initiativgruppen spontan, unabhängig

[19] DDR-typische Abkürzung für die Vorsitzenden der Betriebsgewerkschaftsleitung des FDGB.

voneinander und parallel zueinander in den einzelnen Kombinaten und Betrieben entstanden, waren die Formen, wie sie ihr Anliegen einer demokratischen Interessenvertretung der Belegschaft realisieren wollten, sehr unterschiedlich. Oftmals waren ihre Vorstellungen von einer Interessenvertretung auch davon abhängig, ob und wie eng sich ein Kontakt zwischen diesen betrieblichen Initiativen und den lokalen Bürgerbewegungen gestaltete. So entstanden in manchen Betrieben für heutige Verhältnisse ungewöhnliche Formen von Interessenvertretungen, wie Neue-Forum-Gruppen, die sich wie im VEB Chemie- und Tankanlagenbau Fürstenwalde als „Bürgerbewegung im Betrieb“ verstanden. Ihre Entstehung hing eng mit dem anfänglich für die gesamte Demokratiebewegung zentralen Konflikt um die Legalisierung des Neuen Forum in einigen Betrieben zusammen. Es bildeten sich Betriebliche Neue-Forum-Gruppen, die sich wie im VEB Chemie- und Tankanlagenbau Fürstenwalde als „Bürgerbewegung im Betrieb“ verstanden.[20]

In anderen Betrieben kam es nach der Gründung des Zentralen Runden Tisches am 6. Dezember 1989 in Berlin auch zu einem innerbetrieblichen Runden Tisch. Einige dieser Runden Tische funktionierten wie jener in Berlin, in der Art einer „Doppelherrschaft“, andere hatten den Charakter von Co-Management-Organen, die zwischen Vertreter/innen der Beschäftigten und Betriebsleitung vermitteln sollten. In einigen Betrieben aber war der Runde Tisch ausschließlich eine Vertretung der Beschäftigten und ein „Zwitter“ zwischen Belegschaftsrat und Selbstverwaltungsorgan der Belegschaft, wie in einem Karl-Marx-Städter Betrieb mit immerhin 1600 Beschäftigten.

[20] Sie sahen sich zunächst als allgemeine demokratische Interessenvertretungen der Gesamtbelegschaft. Erst als deutlich wurde, dass das Neue Forum nicht diese allgemein-demokratische Interessenvertretung aller DDR-Bürger/innen war, sondern eine politische Organisation neben anderen, führte dies später zum Konflikt mit Belegschaftsteilen, die anderen gesellschafts- und betriebspolitischen Optionen folgten.

Neben diesen Formen der Interessenvertretung kam es in einigen wenigen Betrieben zur direkten Gründung von Arbeiterräten. Bereits einer der ersten beiden Aufrufe zur Gründung unabhängiger Interessenvertretungen der Beschäftigten in den Betrieben auf der Versammlung von 30.000 Menschen am 17. Oktober vor der Dresdener Kreuzkirche, verkündete die Gründung eines Arbeiterrates im SGB Schuh- und Lederwaren Radebeul, der wenig später auch ins Leben gerufen wurde. Die Ostberliner Müll-Arbeiter/innen bildeten im Januar 1990 ohne und gegen die Angestellten einen „Arbeiterrat“.

Die eben genannten Varianten von betrieblichen Interessenvertretungen blieben eine zahlenmäßig kleine Minderheit. Politisch etwas einflussreicher waren die Gründungen betrieblicher Initiativen für unabhängige Gewerkschaften. Der von der Berliner Initiativgruppe der IUG veröffentlichte Aufruf, den Heiner Müller auf der Demonstration auf dem Berliner Alexanderplatz vom 4.November verlesen und der im DDR-Fernsehen übertragen wurde, hatte eine landesweite Resonanz gefunden. Die Gruppen in den einzelnen Betrieben waren von unterschiedlichster Größe und reichten von wenigen Mitgliedern bis zur Gründung basisdemokratischer Betriebsgewerkschaften wie bei den Dresdner Verkehrsbetrieben oder im Berliner Elektroapparatewerk . Die betriebspolitischen Wirkungen dieser Initiativen gelangten bis weit in das Feld der betrieblich aktiven Minderheit des Neuen Forum hinein, wie in Berlin oder Dresden, aber auch der neugegründeten Sozialdemokratie wie in Jena. Angesichts einer Mitgliederzahl von rund acht Millionen im FDGB organisierten DDR-Bürger/innen, blieb die auf ca. 20.000 geschätzte Zahl von Mitgliedern solcher unabhängigen Betriebsgewerkschaften jedoch nur relativ gering und war keine wirkliche Massenbewegung. Selbst die ausgetretenen rund 800.000 FDGB-Mitglieder machten nur zehn Prozent der Gewerkschaftsmitglieder aus.

Bei der Mehrheit der Betriebsbelegschaften setzte sich nicht die Neugründung von Gewerkschaften und anfänglich auch nicht die von Betriebsräten, sondern die demokratische Neuwahl der BGL als Weg zur betrieblichen Interessenvertretung durch. Ein Grund für den Rückgriff der Belegschaften auf altbekannte Strukturen ist darin zu sehen, dass viele Mitglieder ihre erworbenen Ansprüche an den FDGB nicht verlieren wollten. Zudem hatte der FDGB auf dem Papier relativ starke Rechte im Arbeitsgesetzbuch der DDR verankert und ihm oblag die Verwaltung der Sozialversicherung. Diese Erneuerung der Betriebsgewerkschaftsleitungen durch Neuwahlen vollzog sich in vielen Betrieben der Metallindustrie, große Kombinate der DDR-Chemie und Energie folgten ebenfalls diesem Weg. Allerdings spielten bei diesen Entscheidungen für eine Neuwahl der Betriebsgewerkschaftsleitungen auch Einflüsse der Westgewerkschaften wie der IG Metall (IGM) eine wichtige Rolle, zu denen etliche Initiativen nach der Maueröffnung Kontakt aufnahmen, wie die betrieblichen Initiativgruppen der Hennigsdorfer Metallbetriebe. Eine Reihe von IGM-Funktionären und Aktivist/innen votierten aufgrund ihrer Kritik an den relativ zahnlosen Betriebsräten nach BRD-Betriebsverfassungsgesetz für eine starke Rolle der Gewerkschaften im DDR-Umbruchprozess. Zudem waren viele IGM-Funktionäre Anhänger/innen des in der FDGB-Struktur verankerten Prinzips der *allgemeinen Gewerkschaft* [21] und wandten sich außerdem im Namen der Einheitsgewerkschaft strikt gegen unabhängige Gewerkschaftsinitiativen, die sie als „Spalterinitiativen“

[21] Das Föderationsprinzip der im DGB vereinten Einzelgewerkschaften beruht auf der Stärke von selbständigen Branchengewerkschaften, denen das einzelne Mitglied beitritt. Die Kehrseite ist die Schwäche des Gewerkschaftsbundes, Es kam in den Westzonen nach 1945 aufgrund des Drucks der Westalliierten zustande, die aus Sorge vor einer sozialistischen Neuordnung Deutschlands und im Interesse der kapitalistischen Restauration starke Gewerkschaften fürchteten. In der sowjetischen Zone wurde von Anfang an das von der Mehrheit der Gewerkschaftsaktivist/innen bevorzugte Organisationsprinzip der allgemeinen Gewerkschaft eingeführt, welches darauf beruht, dass jedes Einzelmitglied dem Bund beitritt und die „Branchengewerkschaften“ lediglich unselbständige Sektionen der branchenübergreifenden Gesamtgewerkschaft sind. Dieses Prinzip bot allerdings unter den Bedingungen der sowjetischen Besatzungsmacht ideale Voraussetzungen für eine radikale Zentralisierung und Kontrolle von oben durch die Besatzungsmacht und prosowjetische Kommunist/innen. Das dies aber nicht „an sich“ aus dem Prinzip der allgemeinen Gewerkschaft folgt, verraten die vielen nach diesem Prinzip organisierten politischen „Tendenzgewerkschaften“ unterschiedlichster Art in der Welt.

verstanden.[22] Lange hatten die Westgewerkschaften insgesamt auf eine „Reform des FDGB“ gesetzt, zumal sie misstrauisch alle basisdemokratischen Initiativen beäugten, die aus den Bürgerbewegungen entstanden waren.

In vielen Betrieben wurde jedoch bald ein anderer Weg zur Schaffung demokratischer betrieblicher Interessenvertretungen gegangen als den der Neuwahl der BGL oder der Gründung einer Betriebsgewerkschaft: Das war die Gründung von Betriebsräte-Initiativen. Da sie von vornherein auf den eigenen Betrieb orientiert waren, nicht die oft unlösbar erscheinenden Probleme einer umfassenden Bewältigung der Interessenvertretung im Rahmen ganzer Branchen oder gar aller Branchen zum Ziel hatten, waren sie ein ebenso einfacher, überschaubarer Schritt wie die demokratische Erneuerung der BGL im eigenen Betrieb. Es kam auch vor, dass die Betriebsleitungen selbst Betriebsräte initiierten, weil sie auf Seiten der Belegschaft nach dem Wegfall des FDGB keine Ansprechpartnerinnen mehr hatten. Der Vorzug dieser Betriebsorientierung konnte allerdings mit einer Betriebsborniertheit auch eine Kehrseite zeigen, wenn es um eine betriebsübergreifende Koordination der Interessen der Arbeiter/innen ging. Bei ihrer Gründung hatten die Betriebsräte-Initiativen aber noch einen anderen Vorteil: Dort, wo die Mehrzahl der Beschäftigten sich für keine neue Gewerkschaft bewegen und der alten, „sich erneuernden BGL“ das Feld überließ, konnten demokratische Oppositionsgruppen wieder die Initiative und einen Machthebel gegen die alten Funktionäre in der BGL in Stellung bringen. Eben dies geschah im GRW Teltow, wo die erste Initiative für die Gründung einer neuen Gewerkschaft im Oktober 1989 entstanden war. Die ursprüngliche Initiative für eine neue Gewerkschaft „Reform“ hatte sich Anfang 1990 zu einer Betriebsräte-Initiative transformiert. Auch frühe Neue-Forum-Gruppen oder Runde Tische im Betrieb wandelten sich später in

[22] Namentlich die Initiative für Unabhängige Gewerkschaften hatte solche Vorwürfe von westdeutschen Gewerkschaftsfunktionären, darunter zahlreichen linken Aktivisten, immer wieder hören müssen.

Betriebsrats-Initiativen um, je verbreiteter Anfang 1990 die Option für einen Betriebsrat wurde.[23]

In der Mehrzahl der Betriebe kam schließlich eine Kombination von neu gewähltem Betriebsrat und erneuerter BGL zustande. Sie setzte sich umso mehr durch, je mehr die politische Stimmung in den Betrieben zugunsten eines schnellen Anschlusses an die BRD tendierte, denn diese Kombination sah dem dualen System der Interessenvertretung der BRD bereits sehr ähnlich. Vor dem Hintergrund ihrer Entstehungsgeschichte galt den meisten ostdeutschen Beschäftigten auch nach 1990 der Betriebsrat als das eigentlich neue und mit vielen Illusionen über seine Möglichkeiten in der BRD befrachtete Interessenorgan gegenüber dem Management.

Doch aus der dann realisierten Übernahme der westdeutschen Strukturen kann keinesfalls auf die zuvor für die DDR diskutierten Vorstellungen hinsichtlich demokratischer Interessenvertretungsstrukturen geschlossen werden. Nicht einmal bei den später konservativ und den schnellen Anschluss an die BRD wählenden Mehrheiten in den Belegschaften ist so ein Rückschluss angebracht, da ihnen nie das tatsächliche Modell der BRD und die erst später erfahrenen Grenzen des Einflusses etwa von Betriebsräten auf das Kapital vor Augen stand. Die Illusionen über die westdeutsche Interessenvertretungspraxis waren groß. Nichts belegt dies besser, als dass noch zwei Monate nach der in den Wahlen und allen Umfragen zum Ausdruck gebrachten Euphorie für die „deutsche Einheit“ im Mai 1990 rund die Hälfte aller Beschäftigten der Ansicht war, dass sie „in der Marktwirtschaft“ die nun kommen würde, ihre Betriebsdirektoren selbst wählen dürften.[24] Dieses Ergebnis ist aber auch mehr als ein Indiz für die in den Monaten des demokratischen Aufbruchs zuvor unter

[23] So auch im oben erwähnten Ratiomittelbau Karl-Marx-Stadt.

[24] Vgl. Kreißig/Schreiber u.a., Gewerkschaften, Betriebsräte und Räte der Werktätigen nach der Wende in der DDR – Eine politikwissenschaftliche Studie, TU Karl-Marx-Stadt, Sektion Philosophie/Sozialwissenschaften, Reprint Nr.146, 4.Jg.,1990,S.9.

noch völlig anderen politischen Rahmenbedingungen geführten Debatten innerhalb der Belegschaften. Ein Blick in die Dokumente der damaligen Beschäfigten-Initiativen genügt, um sich davon zu überzeugen, dass ihre Erwartungen über die Rechte der Beschäftigten bei der Gestaltung der betrieblichen Angelegenheiten weit über jene Rechte hinausgingen, wie sie im Betriebverfassungsgesetz der BRD verankert sind. Nicht nur ein großer Teil der demokratisierten Betriebsgewerkschaftsleitungen hatte die oben erwähnte reale Nutzung des DDR-Arbeitsgesetzes bei der Mitansprache in allen, nicht nur sozialen, sondern auch in wirtschaftlichen Angelegenheiten des Betriebes zum Ziel. Gerade die neugebildeten Initiativen forderten, gleich, ob sie für unabhängige Gewerkschaften oder für Betriebsräte stritten, die Mitsprache oder zumindest Veto-Rechte in allen Personal- und betriebsstrategischen Angelegenheiten von Produktionszielen und Investitionen.[25] Die Betriebsaktivist/innen der verschiedenen Gruppen der Bürgerbewegung in Karl-Marx-Stadt erarbeiteten ein gemeinsames Projekt, den „Rat der Werktätigen“, der sich aus den Betriebsdelegierten in der Stadt zusammensetzte. Diese sollten ihrerseits von den „Räten der Werktätigen“ ihrer Betriebe beauftragt werden, welche die Eigentümerfunktion der Belegschaften in den volkseigenen Betrieben wahrzunehmen hätten.[26]

So unterschiedlich die Wege zur Schaffung von demokratischen Interessenvertretungen zwischen den Betrieben und so verschieden die politischen Ansichten waren, so verpönt auch der Begriff „Sozialismus“ bei vielen Arbeiter/innen und Angestellten aufgrund der Erfahrungen mit der SED war: Die Debatten über den Charakter und die Aufgaben der neu zu schaffenden demokratischen Interessenvertretungen waren von der Suche nach eigenständige Lösungen für die Gestaltung demokratischer Interessenvertretungen der Beschäftigten geprägt. Von

[25] Vgl. exemplarisch die Hinweise und Empfehlungen des Neuen Forum für die Bildung von Betriebsräten in Betrieben aller Eigentumsformen, in: Gehrke/Hürtgen (Hrsg.), Der betriebliche Aufbruch, S.477-484.
[26] Vgl. Fn. 24.

den meisten Beteiligten wurden sie ohne jeden politisch-konzeptionellen Vorlauf immer auch im Kontext der westdeutschen Erfahrungen geführt. Gerade viele der Initiator/innen von demokratischen Interessenvertretungen und die betrieblichen Aktivist/innen bemühten sich darum, das westdeutsche „Modell“ nicht nur einfach zu kopieren. Insbesondere in der Aufbruchsphase spielten radikaldemokratische Ansätze eine wesentliche Rolle in den Diskussionen, ebenso das Bemühen um die Wahrung der Belegschaftsinteressen in der damaligen historischen Situation der notwendig anstehenden Rekonstruktion der DDR-Industrie. Als die Initiative für Unabhängige Gewerkschaften in ihren Debatten über eine basisdemokratische Gewerkschaft spontan und ohne historische Kenntnis zu klassisch syndikalistischen Vorstellungen einer Gewerkschaft ohne hauptamtlichen Apparat kam, war sie durch die dazu gestoßenen Beschäftigten aus den Betrieben geprägt, die ihre basisdemokratischen Vorstellungen einbrachten. Und sich mit dieser überbetrieblichen Initiative vernetzenden Betriebsinitiativen gelang in einigen Betrieben, wie erwähnt, auch die Gründung einer basisdemokratischen Betriebsgewerkschaft. Es war der allgemeine Charakter der Herbstrevolution, der diesen basisdemokratischen Impetus wie selbstverständlich auch in die Diskussionen um eine neue betriebliche Interessenvertretung einbrachte.

Resümee

Die realen Entwicklungen erscheinen in der Rückschau zumeist als die einzig möglichen, der schnelle Anschluss der DDR an die BRD aufgrund der großen Geschwindigkeit und der eindeutigen politischen Mehrheitsverhältnisse unabwendbar. Doch immer, auch im Falle der Ereignisse 1989/1990 in der DDR, gilt, dass die Geschichte stets mehrere Varianten bereit hält, weshalb im Nachhinein die Untersuchung jener historischen „Stellschrauben“ nicht müßig ist, die für die tatsächlichen begangenen Pfade wichtig waren. Wenn es auch im Verlaufe der

politischen Auseinandersetzungen mit der „Wende in der Wende“ den deutschen Konservativen im Winter 1989 gelungen war, mit der allzu bekannten Losung „Keine Experimente!“ die politische Hegemonie zugunsten des „Wir sind ein Volk“ à la West zu erringen, so darf gerade von einer emanzipatorischen Linken nicht vergessen werden, dass der demokratische Aufbruch gegen die SED-Diktatur unter dem Leitstern der „Basisdemokratie“ stand. Der basisdemokratische Impetus prägte nicht nur die kleine Opposition, er galt für die Massenbewegung im Herbst 1989 ebenso wie für die Diskussionen im Rahmen der „Betriebswende“.

Wenn von den Vorgängen der „Betriebswende“ kaum etwas in die große Öffentlichkeit gedrungen ist, lag dies auch daran, dass die Belegschaften zunächst nur als Teil eines allgemein-demokratischen Prozesses agierten und gleichsam das Hinterland der „Straße“ bildeten. Und die von ihnen selbst ausgehenden sozialen Emanzipationsprozesse hatten das Niveau erster tastender Versuche nicht überschritten. Dem entsprechend blieb auch das Niveau der betriebsübergreifenden Koordination lokal oder regional beschränkt, ungeachtet des Versuches einzelner Gruppierungen der DDR-Opposition, dies zu überwinden. Als die am Wochenende des 30.1/1.2. in Ostberlin parallel durchgeführten DDR-weiten Konferenzen der Initiative für Unabhängige Gewerkschaften und der Vereinigten Linken (VL) tagten, nahmen an der Konferenz der IUG Mitglieder von Initiativen aus 50 Betrieben der DDR teil, während zur von der VL organisierten ersten DDR-Betriebsrätekonferenz Vertreter aus 70 Betrieben kamen. Deren Gros stammte allerdings aus dem Raum Berlin (Ost). Das Bürgerkomitee in Leipzig, von dem zunächst die Initiative für Betriebsräte und deren überbetriebliche Koordination in der Region ausging, wurde zum Knotenpunkt für alle großen Leipziger Betriebe, ähnlich die vom Neuen Forum Dresden organisierte Arbeitsgruppe „Freie Gewerkschaften und Betriebsräte“. Gleiches galt für die von allen Organisationen der Bürgerbewegung gebildete

Initiative „Rat der Werktätigen“ in Chemnitz und für die Betriebsräteinitiative der Vereinigten Linken in Halle, an deren Treffen etwa 30 Betriebe teilnahmen.

Dass all diese Initiativen, die sich auf die Suche nach eigenständigen Lösungen machten ebenso wenig wie deren überbetriebliche Koordination nicht über erste Anfänge hinauskamen, kann nur im historischen Kontext verstanden werden. Im Herbst 1989, standen die Bevölkerung der DDR und auch die Belegschaften, namentlich die Arbeiterinnen und Arbeiter, am Beginn eines historischen Neuanfangs der Selbstorganisation. Erst die politische Selbstbefreiung von einem Jahrzehnte agierenden Polizeistaat und seinen Auswirkungen auf die Möglichkeiten selbstorganisierter und kollektiver Aktion hat ihnen jenen Spielraum auch für einen selbstorganisierten betrieblichen Neubeginn geschaffen. Die Unterdrückung nicht nur aller oppositionellen Organisationen der Arbeiterbewegung, sondern mit ihnen auch die Vernichtung ihrer politischen Kulturen innerhalb der Arbeitswelt war die verheerende Hinterlassenschaft der stalinistischen SED-Diktatur. Lediglich in kleinen Zirkeln der marginalisierten Opposition hatten ihre Rudimente überlebt und 1989 einen Neustart versucht. Doch bildeten sie selbst innerhalb der Opposition mit ihrem Versuch einer systematischen Verbindung von außer- und innerbetrieblicher Emanzipation nur eine kleine Minderheit.

Auch wenn die Bedingungen zwischen der DDR 1989 und dem heutigen Europa sehr verschieden sind, so hinterlässt die demokratische Revolution von 1989 in der DDR immerhin nicht nur die Aufgabe der Sichtung ihrer uneingelösten Hoffnungen für den Gebrauch in der Gegenwart. Sie hinterlässt auch wenigstens zwei Lehren. Zum einen, dass demokratische Rechte und Freiheiten und alle Spielräume für selbsttätiges Handeln in den Betrieben als unumgängliche Voraussetzung und als Luft zum Atmen für die soziale Emanzipationsbewegung mit Zähnen und Klauen zu verteidigen und auszuweiten sind. Zum anderen, dass jede Opposition, die wie jene

in der DDR die Bedürfnisse der Mehrheiten und namentlich deren soziale Probleme nicht im Auge hat und keine Antworten dafür sucht, scheitern muss. Die Gefahr, dass in diese Lücke die Gegner einer Emanzipation stoßen, ist groß. 1989/1990 war das die Kohlregierung, heute, im Angesicht der „Euro-Krise“ ist es die nationalistische und rassistische Rechte von Sarazin bis Le Pen.

Quelle: Bernd Gehrke/Renate Hürtgen: Die demokratische Revolution in der DDR und die Rolle der Betriebsbelegschaften, in: Anne Seeck (Hg.): Das Begehren anders zu sein. Politische und kulturelle Dissidenz von 68 bis zum Scheitern der DDR, Unrast Verlag, Münster 2012, S. 234 – 265.

Foto-Grafik WF-Sender: Privatarchiv Gehrke/Hürtgen

Grafik 1: Bernd Lindner: Die demokratische Revolution in der DDR 1989/1990, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2010.

Grafik 2: Ökonomische Geographie der DDR, Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1972.